



Brüssel, den 20. Juni 2017
(OR. en)

10284/17

**Interinstitutionelles Dossier:
2016/0376 (COD)**

**ENER 289
ENV 611
TRANS 275
ECOFIN 538
RECH 235
CODEC 1045
IA 109**

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Rat
Nr. Vordok.:	9401/17 ENER 242 ENV 522 TRANS 189 ECOFIN 428 RECH 198 CODEC 847 IA 106
Nr. Komm.dok.:	15091/16 ENER 413 ENV 754 TRANS 473 ECOFINI1149 RECH 340 IA 124 CODEC 1789 ADD 1 - 13
Betr.:	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz – Allgemeine Ausrichtung

I. EINLEITUNG

1. Die Kommission hat den oben genannten Vorschlag am 30. November 2016 als Teil des Pakets "Saubere Energie" vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist es, die Fortsetzung der Energieeffizienzpolitik der EU im Hinblick auf den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 sicherzustellen. Insbesondere schlägt die Kommission auf der Grundlage der Überprüfungs Klausel für das indikative Energieeffizienzziel der EU von 27 %, das in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23./24. Oktober 2014 über den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik der EU enthalten ist, ein verbindliches EU-Energieeffizienzziel von 30 % vor.

2. In Bezug auf andere Aspekte zielt die Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie darauf ab, dass die derzeitigen strategischen Maßnahmen bis 2030 fortgesetzt und die geltenden Bestimmungen auf der Grundlage der Erfahrungen bei der Umsetzung verbessert werden. Es wird vorgeschlagen, die jährliche Energieeinsparverpflichtung von 1,5 % bis 2030 zu verlängern und nach 2020 nur neue strategische Maßnahmen und neue Aktionen als anrechenbare Energieeinsparungen anzuerkennen. Um maßgeschneiderte Maßnahmen zu ermöglichen, die nationalen Besonderheiten Rechnung tragen, werden alternative Maßnahmen auf der gleichen Grundlage anerkannt wie Energieeffizienzverpflichtungssysteme, und es wird in beiden Instrumenten die Verpflichtung eingeführt, Energiearmut zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden mit dem Vorschlag die Verbrauchserfassungs- und Abrechnungsverpflichtungen zugunsten der Endnutzer von Heizung und Kühlung verbessert, sodass sie genaue Informationen über ihren individuellen Energieverbrauch erhalten.
3. Die Gruppe "Energie" hat im Januar 2017 mit der Prüfung des Vorschlags begonnen und außerdem die Folgenabschätzung der Kommission bewertet. Generell unterstützten die Delegationen den Vorschlag der Kommission und die Notwendigkeit, einen eindeutigen Rahmen für die Energieeffizienzpolitik für den Zeitraum 2020-2030 festzulegen. Gleichzeitig hatten sie aber zahlreiche Bedenken und beantragten, den Kommissionsvorschlag in mehreren Punkten zu ändern.
4. Eine der Hauptfragen betraf die Höhe und die Art des Gesamtenergieeffizienzziels der EU; hier vertreten die Mitgliedstaaten unterschiedliche Standpunkte. Auch die Verlängerung der jährlichen Energieeinsparverpflichtung von 1,5 % wurde von zahlreichen Delegationen kritisiert, da nicht genug Flexibilität für ihre wirksame Umsetzung vorgesehen sei. Andere Delegationen sprachen sich dafür aus, die Zielvorgabe von 1,5 % unverändert beizubehalten.
5. Im Zuge der Beratungen hoben einige Delegationen zudem die engen Verbindungen zum Governance-Vorschlag hervor und betonten, dass das Paket "Saubere Energie" bei der Erörterung einzelner Vorschläge insgesamt im Blick behalten werden müsse. Bezüglich der Verpflichtungen zur Verbrauchserfassung und Abrechnung forderten sie außerdem einige Präzisierungen sowie die Einführung einer Bedingung der Kostenwirksamkeit.

6. Aufgrund der erheblichen Bedenken einiger Delegationen auch bezüglich der negativen Auswirkungen der derzeitigen Auslegung der Abrechnungsregeln für die Nutzung von Energieleistungsverträgen durch den öffentlichen Sektor hat die Kommission - zusammen mit den nationalen statistischen Ämtern - ihre Bemühungen um eine Überarbeitung der einschlägigen Leitlinien intensiviert.
7. Im Anschluss an die Beratungen, die in verschiedenen Sitzungen der Gruppe geführt wurden, hat der Vorsitz den Kommissionsvorschlag in mehreren Punkten geändert, um den Anliegen der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Es bestand allgemeines Einvernehmen darüber, dass eine Entscheidung über das Gesamtenergieeffizienzziel der EU eine Prüfung auf hoher politischer Ebene erfordert und den Ministerinnen und Ministern vorgelegt werden sollte.
8. Am 14. Juni 2017 wurde dem Ausschuss der Ständigen Vertreter ein Kompromissvorschlag des Vorsitzes mit Schwerpunkt auf der Energieeinsparverpflichtung in Artikel 7 vorgelegt. Der Kompromissvorschlag des Vorsitzes erhielt auf dieser AStV-Tagung Unterstützung von zahlreichen Mitgliedstaaten, die für mehr Flexibilität waren. Für einige andere Delegationen stellte die vorgeschlagene Flexibilität jedoch eine erhebliche und unannehmbare Absenkung der Zielvorgaben des Vorschlags dar, und sie legten einen Gegenvorschlag zu Artikel 7 vor. Daher legt der Vorsitz ein neues Kompromisspaket zu den zwei offenen Fragen vor, die noch auf Ebene des Rates zu klären sind. Dieses Kompromisspaket des Vorsitzes ist nachstehend dargelegt.

II. NOCH OFFENE FRAGEN

a) Gesamtenergieeffizienzziel der EU (Artikel 1 Absatz 1)

9. Die Kommission schlägt ein verbindliches Energieeffizienzziel von 30 % auf EU-Ebene vor. Einige Delegationen – in erster Linie jene, die gegen die Flexibilität in Artikel 7 sind, – können den Kommissionsvorschlag unterstützen. Mehrere andere Delegationen befürworten statt eines verbindlichen ein indikatives Ziels, das sich enger an den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates orientiert, in denen ein indikatives Energieeffizienzziel von 27 % festgelegt ist, das bis 2020 mit Blick auf ein EU-Niveau von 30 % überprüft wird. Einige Delegationen gaben zu verstehen, dass ihre endgültige Haltung von der in Artikel 7 über die Energieeinsparverpflichtung enthaltenen Flexibilität abhängen werde.

Der Vorsitz schlägt in seinem Kompromisspaket ein indikatives Gesamtenergieeffizienzziel auf EU-Ebene von 30 % vor.

b) Energieeinsparverpflichtung (Artikel 7)

10. Auf der Grundlage des von einigen Mitgliedstaaten im AStV vorgelegten Gegenvorschlags wird der Zeitraum 2020-2030 im Kompromissvorschlag des Vorsitzes in zwei Hälften aufgeteilt, mit einer Einsparverpflichtung von 1,5 % für den Zeitraum 2021-2025. Der anfängliche Wert von 1,5 % würde im Zeitraum 2026-2030 automatisch auf 1 % sinken, es sei denn, die Kommission kommt 2024 in ihrer Bewertung zu dem Schluss, dass die EU ihr übergeordnetes Ziel für den Energieverbrauch, angegeben als Primärenergieverbrauch und/oder Endenergieverbrauch, voraussichtlich nicht erreichen wird.
11. Im Hinblick auf die Wahrung einer ausgewogenen Flexibilität und die Beibehaltung der Zielvorgaben für die Energieeinsparverpflichtung werden in dem Kompromissvorschlag außerdem die langfristigen Maßnahmen mit einer Laufzeit von 23 Jahren oder mehr in Artikel 7 Absatz 1 Ziffer ii gestrichen, während die Möglichkeit der Anrechnung von vor Ort erzeugter erneuerbarer Energie auf die Einsparungen im Zeitraum 2020-2030 mit einer Obergrenze von 15 % (Anhang V Nummer 2 Buchstabe dd) beibehalten wird. Die Möglichkeit, Energieeinsparungen aufgrund von strategischen Maßnahmen zur Förderung von Kleinanlagen für erneuerbare Energie vollständig anzurechnen, wird im Kompromissvorschlag auch beibehalten.

III. SONSTIGE FRAGEN

12. In Anhang V.2 Buchstabe b wird eine Präzisierung dahin gehend aufgenommen, dass im Zeitraum bis 2020 die in einigen Mitgliedstaaten bestehende Praxis fortgesetzt werden kann, Einsparungen aus vor der Umsetzung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden erlassenen einzelstaatlichen Maßnahmen zur Festlegung von Mindestanforderungen für neue Gebäude anzurechnen.

13. Eine allgemeine Ausrichtung des Rates zu diesem Vorschlag würde den vorläufigen Standpunkt des Rates darstellen und die Grundlage für die Vorbereitung der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bilden. In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, dass aufgrund der wechselseitigen Zusammenhänge mit dem Legislativvorschlag zur Governance die in der allgemeinen Ausrichtung zur Richtlinie über Energieeffizienz vereinbarten Bestimmungen im Vorschlag zur Governance ihren Niederschlag finden sollten. Gleichzeitig könnten einige Bestimmungen der allgemeinen Ausrichtung zur Energieeffizienzrichtlinie zu einem späteren Zeitpunkt anhand der Ergebnisse der Beratungen über den Vorschlag zur Governance erneut geprüft werden.

Die Elemente des neuen Kompromissvorschlags des Vorsitzes sind durch **Fettdruck und Unterstreichung** gekennzeichnet.

Die Erwägungsgründe werden zu einem späteren Zeitpunkt in ihrer Gesamtheit an die im verfügbaren Teil vorgenommenen Änderungen angepasst werden.

Die Kommission behält sich in der gegenwärtigen Phase des Verfahrens ihren Standpunkt zu dem gesamten Kompromissvorschlag vor.

Alle Delegationen haben einen Prüfungsvorbehalt zu dem Text angemeldet. PL und DK haben einen Parlamentsvorbehalt.

14. Der ITRE-Ausschuss des Europäischen Parlaments hat Adam Gierk (S&D) zum Berichterstatter ernannt und wird seine Stellungnahme voraussichtlich im November 2017 annehmen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 26. April 2017 abgegeben; der Ausschuss der Regionen wird seine Stellungnahme voraussichtlich am 13. Juli 2017 abgeben.

IV. FAZIT

- (15) Der Rat wird ersucht, auf seiner Tagung am 26. Juni 2017 das vom Vorsitz vorgeschlagene Kompromisspaket zu prüfen, die noch offenen Fragen zu klären und eine allgemeine Ausrichtung festzulegen.

Vorschlag für eine

RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 194 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen²,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

¹ ABl. C vom , S. .

² ABl. C vom , S. .

- (1) Die Senkung des Energiebedarfs zählt zu den fünf Dimensionen der Strategie für die Energieunion, die am 25. Februar 2015 angenommen wurde. Die Erhöhung der Energieeffizienz trägt zum Umweltschutz bei, verringert die Treibhausgasemissionen, erhöht die Energieversorgungssicherheit aufgrund der geringeren Abhängigkeit von Energieimporten aus Drittländern, senkt die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen, mindert Energiearmut und fördert die Beschäftigung und die Wirtschaftstätigkeit insgesamt. Dies steht im Einklang mit den Zusagen, die die Union im Rahmen der Energieunion und der globalen Klimaschutzagenda der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom Dezember 2015 in Paris abgegeben hat.
- (2) Die Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹ trägt zur Verwirklichung der Energieunion bei, in deren Rahmen die Energieeffizienz wie eine eigene Energiequelle behandelt werden sollte. Bei der Festlegung neuer Bestimmungen für die Angebotsseite und für weitere Politikbereiche sollte der Grundsatz "Energieeffizienz an erster Stelle" Berücksichtigung finden. Die Kommission sollte dafür sorgen, dass Energieeffizienz und die nachfrageseitige Steuerung einen ebenso hohen Stellenwert wie die Erzeugungskapazität erhalten. Energieeffizienz Aspekte müssen bei allen für das Energiesystem relevanten Planungs- oder Finanzierungsentscheidungen berücksichtigt werden. Zudem müssen Energieeffizienzverbesserungen immer dann umgesetzt werden, wenn sie kosteneffizienter sind als gleichwertige angebotsseitige Lösungen. Dies sollte dazu beitragen, die vielfältigen Vorteile der Energieeffizienz für die Gesellschaft in Europa – insbesondere für Privatpersonen und Unternehmen – zu realisieren.
- (3) Der Europäische Rat vom Oktober 2014 hat für das Jahr 2030 ein Energieeffizienzziel von 27 % festgelegt, das bis 2020 mit Blick auf ein EU-Niveau von 30 % überprüft werden soll. Im Dezember 2015 forderte das Europäische Parlament die Kommission zudem auf, die Möglichkeit eines Energieeffizienzziels von 40 % für denselben Zeitraum zu prüfen. Es ist daher angezeigt, die Richtlinie zu überprüfen und entsprechend zu ändern, um sie für den 2030-Zeithorizont anzupassen.

¹ Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG (ABl. L 315 vom 14.11.2012, S. 1).

- (4) Auf nationaler Ebene werden für 2030 keine verbindlichen Ziele vorgegeben. Die Notwendigkeit, die Energieeffizienzziele der Union für den Primär- und Endenergieverbrauch in den Jahren 2020 und 2030 auf Unionsebene zu erreichen, sollte jedoch in Form eines verbindlichen Ziels von 30 % klar zum Ausdruck kommen. Diese Klärung auf Unionsebene sollte keine Beschränkung für die Mitgliedstaaten darstellen, da sie weiterhin wählen können, ob sie ihre nationalen Beiträge auf der Grundlage des Primär- oder Endenergieverbrauchs, der Primär- oder Endenergieeinsparungen oder der Energieintensität leisten. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Festlegung ihrer nationalen indikativen Energieeffizienzbeiträge berücksichtigen, dass der Energieverbrauch der Union im Jahr 2030 höchstens 1 321 Mio. t RÖE an Primärenergie und/oder höchstens 987 Mio. t RÖE an Endenergie betragen darf. Dies entspricht einer Verringerung des Energieverbrauchs der Union um 23 % an Primärenergie und 17 % an Endenergie gegenüber 2005. Da die Fortschritte bei der Erreichung des Unionsziels für 2030 regelmäßig überprüft werden müssen, wird in den Legislativvorschlag zum Governance-System der Energieunion eine entsprechende Verpflichtung aufgenommen.
- (5) Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, langfristige Strategien zur Mobilisierung von Investitionen in die Renovierung des nationalen Gebäudebestands festzulegen und sie der Kommission vorzulegen, sollte aus der Richtlinie 2012/27/EU gestrichen und in die Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹ einbezogen werden, da sich eine solche Verpflichtung gut in die langfristigen Pläne für Niedrigstenergiegebäude und die Senkung der CO₂-Emissionen von Gebäuden einfügt.
- (6) Mit Blick auf den Energie- und Klimarahmen für 2030 sollte die Energieeinsparverpflichtung über das Jahr 2020 hinaus verlängert werden. Die Verlängerung des Verpflichtungszeitraums über 2020 hinaus würde mit einer höheren Stabilität für Investoren einhergehen und somit z. B. bei Gebäuderenovierungen zu langfristigen Investitionen und Energieeffizienzmaßnahmen führen.

¹ Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13).

- (7) Die Mitgliedstaaten müssen während des gesamten Verpflichtungszeitraums eine kumulierte Endenergieeinsparverpflichtung erfüllen, die "neuen" Einsparungen in Höhe von 1,5 % des jährlichen Energieabsatzes entspricht. Dabei besteht die Möglichkeit, die Verpflichtung durch neue strategische Maßnahmen zu erfüllen, die im neuen Verpflichtungszeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030 angenommen werden, oder durch neue Einzelmaßnahmen, die auf den im vorangegangenen Zeitraum oder bereits davor verabschiedeten strategischen Maßnahmen beruhen, aber erst im neuen Zeitraum getroffen werden und zu Energieeinsparungen führen.
- (8) Wenngleich langfristige Energieeffizienzmaßnahmen auch nach 2020 zu Energieeinsparungen führen werden, sollten sie nach 2020 zusätzliche Einsparungen bewirken, um zum Energieeffizienzziel der Union für 2030 beizutragen. Andererseits dürfen Energieeinsparungen, die nach dem 31. Dezember 2020 erzielt werden, nicht auf die kumulierten Einsparungen angerechnet werden, die im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020 erforderlich sind.
- (9) Die neuen Einsparungen sollten über bisherige Maßnahmen hinausgehen, weshalb Einsparungen, die ohnehin erzielt worden wären, nicht geltend gemacht werden können. Bei der Berechnung der Auswirkungen von Maßnahmen können nur Netto-Einsparungen, d. h. Änderungen des Energieverbrauchs, die direkt auf die betreffende Energieeffizienzmaßnahme zurückzuführen sind, angerechnet werden. Bei der Berechnung der Netto-Einsparungen sollten die Mitgliedstaaten ein Ausgangsszenario festlegen, das beschreibt, wie sich die Lage ohne die vorgesehene Maßnahme entwickeln würde. Die strategische Maßnahme sollte mit diesem festgelegten Ausgangsszenario verglichen werden. Die Mitgliedstaaten sollten berücksichtigen, dass in demselben Zeitraum weitere strategische Interventionen erfolgen könnten, die sich ebenfalls auf die Energieeinsparungen auswirken, weshalb nicht alle seit Einführung der zu bewertenden strategischen Maßnahme zu beobachtenden Änderungen allein auf diese Maßnahme zurückzuführen sind. Die Maßnahmen der verpflichteten, teilnehmenden oder beauftragten Parteien sollten tatsächlich zur Erreichung der geltend gemachten Einsparungen beitragen, damit die Anforderung der "Wesentlichkeit" erfüllt ist.

- (10) Aus der Durchführung von Unionsrecht resultierende Energieeinsparungen können nur dann geltend gemacht werden, wenn die betreffende Maßnahmen über das nach Unionsrecht erforderliche Mindestmaß hinausgeht, da auf nationaler Ebene entweder ehrgeizigere Energieeffizienzanforderungen festgelegt wurden oder die Verbreitung der Maßnahme beschleunigt wurde. Da Gebäuderenovierungen für höhere Energieeinsparungen von wesentlicher und langfristiger Bedeutung sind, ist es erforderlich klarzustellen, dass alle Energieeinsparungen aufgrund von Maßnahmen zur Förderung der Renovierung des Gebäudebestands geltend gemacht werden können, wenn sie zusätzlich zu Einsparungen erzielt werden, die sich auch ohne die strategische Maßnahme ergeben hätten, und wenn der Mitgliedstaat nachweist, dass die verpflichtete, teilnehmende oder beauftragte Partei tatsächlich zur Erreichung der Einsparungen beigetragen hat, die hinsichtlich der betreffenden Maßnahme geltend gemacht werden. [...] Renovierung sollte dahin gehend verstanden werden, dass die Renovierung von Gebäuden, der Gebäudehülle und von Gebäudekomponenten, einschließlich der gebäudetechnischen Systeme, abgedeckt wird. Die Installation eines einzelnen Geräts allein wird nicht als "System" angesehen.
- (11) Im Einklang mit der Strategie für die Energieunion und den Grundsätzen einer besseren Rechtsetzung sollte größeres Augenmerk auf die Überwachung und Überprüfung gelegt werden, etwa durch die Vorschrift, eine statistisch repräsentative Stichprobe von Maßnahmen zu prüfen. Verweise auf einen "statistisch signifikanten Prozentsatz, der eine repräsentative Stichprobe darstellt", sollten dahingehend verstanden werden, dass eine statistische Masse (von Energieeinsparmaßnahmen) auszuwählen ist, die die Gesamtmasse (aller Energieeinsparmaßnahmen) korrekt widerspiegelt und es somit ermöglicht, angemessene und zuverlässige Schlussfolgerungen hinsichtlich der Wirksamkeit aller Maßnahmen zu ziehen.

- (12) Verbesserungen der Energieeffizienz von Gebäuden sollten insbesondere Verbrauchern zugutekommen, die von Energiearmut betroffen sind. Die Mitgliedstaaten können verpflichtete Parteien bereits jetzt dazu verpflichten, in Energieeinsparmaßnahmen soziale Ziele zur Bekämpfung der Energiearmut aufzunehmen, und diese Möglichkeit sollte nun auf alternative Maßnahmen erweitert und in eine Verpflichtung umgewandelt werden, wobei die Flexibilität der Mitgliedstaaten hinsichtlich Umfang, Anwendungsbereich und Inhalt dieser Maßnahmen jedoch vollständig erhalten bleiben sollte. Gemäß Artikel 9 AEUV sollte die Energieeffizienzpolitik der Union die gesamte Bevölkerung einbeziehen und Energieeffizienzmaßnahmen daher auch für Verbraucher zugänglich machen, die von Energiearmut betroffen sind.
- (13) Energie, die mit Hilfe von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien an oder in Gebäuden erzeugt wird, trägt dazu bei, den Bedarf an fossilen Energieträgern zu senken. Die Verringerung des Energieverbrauchs und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen im Gebäudesektor sind wichtige Maßnahmen zur Verringerung der Energieabhängigkeit der Union und der Treibhausgasemissionen, insbesondere im Rahmen der ehrgeizigen Energie- und Klimaziele für 2030 sowie des globalen Engagements, zu dem sich die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen auf ihrer Konferenz im Dezember 2015 in Paris (COP21) verpflichtet haben. Für die Zwecke der Energieeinsparverpflichtung nach Artikel 7 sollten die Mitgliedstaaten daher Energieeinsparungen durch an oder in Gebäuden für den Eigenverbrauch erzeugte erneuerbare Energie auf die Erfüllung ihrer Energieeinsparverpflichtungen anrechnen können.

- (14) Im Rahmen der Maßnahmen, die in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Verbesserte Möglichkeiten für die Energieverbraucher" im Zusammenhang mit der Energieunion und in der EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung dargelegt sind, sollten die Mindestrechte der Verbraucher hinsichtlich klarer und rechtzeitiger Informationen über ihren Energieverbrauch gestärkt werden. Die Artikel 9 bis 11 sowie Anhang VII der Richtlinie 2012/27/EU sollten geändert werden, um eine häufige und bessere Rückmeldung über den Energieverbrauch sicherzustellen, soweit dies in Anbetracht der vorhandenen Messgeräte technisch machbar und kosteneffizient durchführbar ist. Es sollte klargestellt werden, dass es hinsichtlich der Frage, ob eine Einzelverbrauchserfassung ("Submetering") kosteneffizient ist oder nicht, ausschlaggebend ist, ob die damit verbundenen Kosten im Vergleich zu den potenziellen Energieeinsparungen verhältnismäßig sind. [...] Bei der diesbezüglichen Bewertung können die Auswirkungen anderer konkreter geplanter Maßnahmen in einem bestimmten Gebäude, etwa einer anstehenden Renovierung, berücksichtigt werden. Zudem sollte klargestellt werden, dass die Rechte im Zusammenhang mit der Abrechnung und den Abrechnungs- oder Verbrauchsinformationen für die Verbraucher von Wärme- und Kälteenergie sowie von Warmwasser aus einer zentralen Quelle gelten, selbst wenn sie kein direktes, individuelles Vertragsverhältnis mit dem Energieversorger haben. Die Definition des Begriffs "Endkunde" kann dahin ausgelegt werden, dass darunter nur natürliche oder juristische Personen fallen, die Energie auf der Grundlage eines direkten, individuellen Vertrags mit dem Energieversorger erwerben. Für die Zwecke dieser Bestimmungen sollte daher der Begriff "Endnutzer" eingeführt werden, um eine umfassendere Gruppe von Verbrauchern zu bezeichnen. Der Begriff "Endnutzer" sollte neben den Endkunden, die Wärme, Kälte oder Warmwasser für den Eigenverbrauch erwerben, auch die Nutzer einzelner Einheiten von Gebäuden mit mehreren Wohnungen oder von Mehrzweckgebäuden umfassen, wenn diese Einheiten von einer zentralen Quelle versorgt werden und wenn die Nutzer keinen direkten, individuellen Vertrag mit dem Energieversorger haben. Der Begriff "Einzelverbrauchserfassung" ("Submetering") sollte sich auf die Verbrauchsmessung für die einzelnen Einheiten dieser Gebäude beziehen. Bis zum 1. Januar 2020 sollten neu installierte Wärmemengenzähler und Heizkostenverteiler fernablesbar sein, um eine kosteneffiziente und häufige Bereitstellung von Verbrauchsinformationen sicherzustellen. Der neue Artikel 9a soll nur für Heiz- und Kühlenergie sowie Warmwasser aus einer zentralen Quelle gelten. Den Mitgliedstaaten steht es frei, zu entscheiden, ob Walk-by/Drive-by-Technologien als fernablesbar gelten oder nicht. Für die Ablesung fernablesbarer Geräte ist kein Zugang zu den einzelnen Wohnungen oder Einheiten erforderlich.

- (14a) Um die Transparenz der Abrechnung des individuellen Verbrauchs von Wärmeenergie zu gewährleisten und damit die Einzelverbrauchserfassung zu erleichtern, sollten die Mitgliedstaaten alle geltenden nationalen Regeln für die Verteilung der Kosten des Wärme-, Kälte- und Warmwasserverbrauchs in Gebäuden mit mehreren Wohnungen und Mehrzweckgebäuden veröffentlichen. Neben Transparenzaspekten könnten die Mitgliedstaaten möglicherweise Maßnahmen für mehr Wettbewerb bei der Erbringung von Einzelverbrauchserfassungsdiensten in Betracht ziehen, um so mit dafür zu sorgen, dass alle von den Endnutzern getragenen Kosten der Höhe nach angemessen sind.
- (15) Einige Bestimmungen des Artikels 15 der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieumwandlung, -übertragung bzw. -fernleitung und -verteilung sollten aufgehoben werden. Bei der Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Energiebereich können die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus den einzelnen Rechtsakten im Energiebereich neu strukturiert werden. Diese Umstrukturierung sollte jedoch keine Auswirkungen auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einhaltung der substantiellen Bestimmungen der Richtlinie 2012/27/EU haben, die ganz oder teilweise in andere Rechtsakte übernommen werden können.
- (16) Angesichts des technischen Fortschritts und des wachsenden Anteils erneuerbarer Energiequellen an der Stromerzeugung sollte der Standardkoeffizient für Einsparungen in kWh Elektrizität überprüft werden, um Änderungen des Primärenergiefaktors (PEF) für Strom Rechnung zu tragen. Die Berechnungen des PEF für Strom beruhen auf jährlichen Durchschnittswerten. Hinsichtlich der Strom- und Wärmeerzeugung aus Kernenergie wird dabei die auf der Berechnung des physischen Energiegehalts beruhende Methode und hinsichtlich der Strom- und Wärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern und Biomasse die auf dem technischen Umwandlungswirkungsgrad beruhende Methode angewandt. Bei nicht brennbaren erneuerbaren Energieträgern findet das direkte Äquivalent unter Berücksichtigung der gesamten Primärenergie Anwendung. Zur Berechnung des Primärenergieanteils für Strom bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird die in Anhang II der Richtlinie 2012/27/EU dargelegte Methode angewandt. Statt einer marginalen Marktstellung wird dabei jedoch eine durchschnittliche Marktstellung zugrunde gelegt. Es wird angenommen, dass der Umwandlungswirkungsgrad bei nicht brennbaren erneuerbaren Energieträgern 100 %, bei Geothermal-Kraftwerken 10 % und bei Kernkraftwerken 33 % beträgt. Der Gesamtwirkungsgrad der Kraft-Wärme-Kopplung wird auf der Grundlage der neuesten Eurostat-Daten berechnet. Hinsichtlich Systemgrenzen beträgt der PEF für alle Energiequellen 1. Die Berechnungen beruhen auf der aktuellsten Version des PRIMES-Referenzszenarios. Der PEF-Wert stützt sich auf die Projektion für 2020. Die Analyse bezieht sich auf die EU-Mitgliedstaaten und Norwegen. Der Datensatz für Norwegen beruht auf Daten von ENTSO-E.

- (17) Damit die Anhänge der Richtlinie und die in Artikel 14 Absatz 10 genannten harmonisierten Wirkungsgrad-Referenzwerte aktualisiert werden können, muss die Befugnisübertragung auf die Kommission verlängert werden.
- (18) Zur Bewertung der Wirksamkeit der Richtlinie 2012/27/EU sollte die Verpflichtung vorgesehen werden, die Richtlinie insgesamt zu überprüfen und dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 28. Februar 2024 über die Überprüfung Bericht zu erstatten.
- (19) Gemäß der Gemeinsamen Politischen Erklärung der Mitgliedstaaten und der Kommission zu erläuternden Dokumenten vom 28. September 2011¹ haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, in begründeten Fällen zusätzlich zur Mitteilung ihrer Umsetzungsmaßnahmen ein oder mehrere Dokumente zu übermitteln, in dem bzw. denen der Zusammenhang zwischen den Bestandteilen einer Richtlinie und den entsprechenden Teilen innerstaatlicher Umsetzungsinstrumente erläutert wird. In Bezug auf diese Richtlinie hält der Gesetzgeber die Übermittlung derartiger Dokumente für gerechtfertigt.
- (20) Die Richtlinie 2012/27/EU sollte daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

¹ ABl. C 369 vom 17.12.2011, S. 14.

Artikel 1

Die Richtlinie 2012/27/EU wird wie folgt geändert:

1) Artikel 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Mit dieser Richtlinie wird ein gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in der Union geschaffen, um sicherzustellen, dass die übergeordneten Energieeffizienzziele der Union von 20 % bis 2020 sowie die ~~verbindlichen~~ **[indikativen]** übergeordneten Energieeffizienzziele der Union **von 30 %** für 2030 erreicht werden, und um weitere Energieeffizienzverbesserungen für die Zeit danach vorzubereiten. Es werden Regeln festgelegt, mit denen Hemmnisse im Energiemarkt und Marktversagen, die der Effizienz bei der Energieversorgung und -nutzung entgegenstehen, beseitigt werden sollen; ferner ist die Festlegung indikativer nationaler Energieeffizienzziele und -beiträge bis 2020 und 2030 vorgesehen."

2) Artikel 3 erhält folgende Fassung:

"Artikel 3

Energieeffizienzziele

(1) Jeder Mitgliedstaat legt ein indikatives nationales Energieeffizienzziel für 2020 fest, das sich entweder auf den Primärenergie- oder den Endenergieverbrauch oder auf die Primärenergie- oder Endenergieeinsparungen oder auf die Energieintensität bezieht. Die Mitgliedstaaten übermitteln diese Ziele der Kommission gemäß Artikel 24 Absatz 1 und Anhang XIV Teil 1. Sie drücken diese Ziele dabei auch als absoluten Wert des Primärenergieverbrauchs und des Endenergieverbrauchs im Jahr 2020 aus und erläutern, wie und auf Grundlage welcher Daten dieser Wert berechnet wurde.

Bei der Festlegung dieser Ziele berücksichtigen die Mitgliedstaaten Folgendes:

- a) der Energieverbrauch der Union darf im Jahr 2020 nicht mehr als 1 483 Mio. t RÖE an Primärenergie oder nicht mehr als 1 086 Mio. t RÖE an Endenergie betragen;
- b) die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen;

- c) die Maßnahmen zur Erreichung der gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 2006/32/EG verabschiedeten nationalen Energieeinsparziele und
- d) sonstige Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene.

Bei der Festlegung dieser Ziele können die Mitgliedstaaten auch die sich auf den Primärenergieverbrauch auswirkenden nationalen Gegebenheiten berücksichtigen – wie beispielsweise:

- a) das verbleibende Potenzial für kostenwirksame Energieeinsparungen,
- b) die Entwicklung und Prognosen des BIP,
- c) Veränderungen der Energieeinfuhren und -ausfuhren,
- d) die Weiterentwicklung aller Quellen für erneuerbare Energien, Kernenergie sowie CO₂-Abscheidung und -Speicherung und
- e) frühzeitig getroffene Maßnahmen.

(2) Die Kommission bewertet bis zum 30. Juni 2014 die erzielten Fortschritte und beurteilt, ob die Union die Vorgabe eines Energieverbrauchs von nicht mehr als 1 483 Mio. t RÖE an Primärenergie und/**oder** nicht mehr als 1 086 Mio. t RÖE an Endenergie im Jahr 2020 voraussichtlich erreichen wird.

(3) Bei der Überprüfung nach Absatz 2 verfährt die Kommission wie folgt:

- a) sie addiert die von den Mitgliedstaaten gemeldeten indikativen nationalen Energieeffizienzziele;
- b) sie beurteilt, ob die Summe dieser Ziele als zuverlässiger Anhaltspunkt dafür angesehen werden kann, ob die Union insgesamt auf dem richtigen Weg ist, wobei sie die Auswertung des ersten Jahresberichts nach Artikel 24 Absatz 1 und die Auswertung der Nationalen Energieeffizienz-Aktionspläne nach Artikel 24 Absatz 2 berücksichtigt;

- c) sie trägt der ergänzenden Analyse Rechnung, die sich ergibt aus
- i) einer Bewertung der Fortschritte beim Energieverbrauch und beim Energieverbrauch im Verhältnis zur Wirtschaftstätigkeit auf Unionsebene, einschließlich der Fortschritte bei der Effizienz der Energieversorgung in Mitgliedstaaten, deren nationale indikative Ziele auf dem Endenergieverbrauch oder Endenergieeinsparungen beruhen, einschließlich der Fortschritte dieser Mitgliedstaaten bei der Einhaltung des Kapitels III dieser Richtlinie;
 - ii) den Ergebnissen von Modellrechnungen in Bezug auf zukünftige Entwicklungen beim Energieverbrauch auf Unionsebene;
- d) sie vergleicht die Ergebnisse nach den Buchstaben a bis c mit den Energieverbrauchswerten, die erforderlich wären, um im Jahr 2020 einen Energieverbrauch von nicht mehr als 1 483 Mio. t RÖE an Primärenergie und/oder nicht mehr als 1 086 Mio. t RÖE an Endenergie zu erreichen.

(3a) Die Kommission prüft bis zum 31. Oktober 2022, ob die Union ihre übergeordneten Ziele bis 2020 erreicht hat.

(4) Jeder Mitgliedstaat legt im Einklang mit den Artikeln [4] und [6] der Verordnung (EU) XX/20XX [Governance-System der Energieunion] indikative nationale Energieeffizienzbeiträge zur Erreichung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Ziels der Union für 2030 fest. Bei der Festlegung dieser Beiträge berücksichtigen die Mitgliedstaaten, dass der Energieverbrauch der Union im Jahr 2030 höchstens 1 321 Mio. t RÖE an Primärenergie und/oder höchstens 987 Mio. t RÖE an Endenergie betragen darf. Die Mitgliedstaaten teilen diese Beiträge der Kommission nach dem Verfahren der Artikel [3] sowie [7] bis [11] der Verordnung (EU) XX/20XX [Governance-System der Energieunion] in ihren integrierten nationalen Energie- und Klimaplänen mit."

3) Artikel 7 erhält folgende Fassung:

"Artikel 7

Energieeinsparverpflichtung

(1) Die Mitgliedstaaten müssen kumulierte Endenergieeinsparungen mindestens in folgender Höhe erreichen:

a) neue jährliche Einsparungen vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 1,5 % des jährlichen Energieabsatzes an Endkunden, gemittelt über den jüngsten Dreijahreszeitraum vor dem 1. Januar 2013;

b) neue jährliche Einsparungen

– vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember [...] **2025** in Höhe von 1,5 % des jährlichen Energieabsatzes an Endkunden, gemittelt über den jüngsten Dreijahreszeitraum vor dem 1. Januar [...] **2019**;

– vom 1. Januar 2026 bis zum 31. Dezember 2030 in Höhe von 1,0 % des jährlichen Energieabsatzes an Endkunden, gemittelt über den jüngsten Dreijahreszeitraum vor dem 1. Januar 2019.

Für die Zwecke des Buchstabens b und unbeschadet der Absätze 2 und 3 können die Mitgliedstaaten Energieeinsparungen anrechnen, die aus strategischen Maßnahmen **– unabhängig davon, ob sie nach dem 31. Dezember 2020 oder davor eingeführt wurden –** resultieren, sofern diese Maßnahmen zu

[...] neuen Einzelmaßnahmen geführt haben, die nach dem 31. Dezember 2020 getroffen wurden. [...]

[...] [...]

Das Absatzvolumen der im Verkehrswesen genutzten Energie kann ganz oder teilweise aus diesen Berechnungen herausgenommen werden.

Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, wie sich die berechnete Menge neuer Einsparungen zeitlich über jeden der unter den Buchstaben a und b genannten Zeiträume verteilt, wobei am Ende jedes Zeitraums die kumulierten Gesamteinsparungen erreicht werden müssen.

- (2) Jeder Mitgliedstaat kann vorbehaltlich Absatz 3
- a) die gemäß Absatz 1 Buchstabe a erforderliche Berechnung mit folgenden Werten durchführen: 1 % für 2014 und 2015, 1,25 % für 2016 und 2017 und 1,5 % für 2018, 2019 und 2020;
 - b) das Absatzvolumen der bei industriellen Tätigkeiten genutzten Energie, die in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG aufgeführt sind, ganz oder teilweise aus der Berechnung herausnehmen;
 - c) zulassen, dass Energieeinsparungen, die in den Sektoren Energieumwandlung sowie -verteilung und -übertragung – einschließlich der Infrastruktur für effiziente Fernwärme- und Fernkälteversorgung – aufgrund der Anwendung der Anforderungen nach Artikel 14 Absatz 4 und Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe b sowie Artikel 15 Absätze 1 bis 6 und 9 erzielt werden, für die nach Absatz 1 erforderlichen Energieeinsparungen angerechnet werden;
 - d) Energieeinsparungen aufgrund von Einzelmaßnahmen, die nach dem 31. Dezember 2008 neu eingeführt wurden und im Jahr 2020 sowie darüber hinaus weiterhin eine mess- und nachprüfbare Wirkung entfalten, für die Energieeinsparungen nach Absatz 1 anrechnen.
- (3) Auf alle gemäß Absatz 2 gewählten Optionen dürfen insgesamt höchstens 25 % der in Absatz 1 genannten Energieeinsparungen entfallen. Bei der Anwendung der gewählten Optionen und bei der Berechnung ihrer Auswirkungen gehen die Mitgliedstaaten für die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Zeiträume separat wie folgt vor:
- a) bei der Berechnung der erforderlichen Menge an Energieeinsparungen in dem in Absatz 1 Buchstabe a genannten Zeitraum können die Mitgliedstaaten Absatz 2 Buchstaben a bis d anwenden;

- b) bei der Berechnung der erforderlichen Menge an Energieeinsparungen in dem in Absatz 1 Buchstabe b genannten Zeitraum können die Mitgliedstaaten Absatz 2 Buchstaben b, c und d anwenden, sofern Einzelmaßnahmen im Sinne des Buchstaben d nach dem 31. Dezember 2020 weiterhin eine mess- und nachprüfbare Wirkung entfalten.
- (4) Energieeinsparungen, die nach dem 31. Dezember 2020 erzielt werden, dürfen nicht auf die kumulierten Einsparungen angerechnet werden, die im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020 erforderlich sind.
- (4a) Mitgliedstaaten, die die vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020 geforderten kumulierten Energieeinsparungen übertreffen, dürfen Einsparungsüberschüsse auf die kumulierten Energieeinsparungen anrechnen, die im Zeitraum bis zum 31. Dezember 2030 erforderlich sind.
- (4b) Die Mitgliedstaaten können den verpflichteten Parteien gestatten, in einem bestimmten Jahr erzielte Einsparungen so anzurechnen, als ob sie in einem der vier vorangegangenen oder der drei darauffolgenden Jahre erreicht worden wären, sofern der jeweilige Zeitraum nicht über das Ende der in Absatz 1 genannten Verpflichtungszeiträume hinausreicht.
- (5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Energieeinsparungen, die aus strategischen Maßnahmen gemäß den Artikeln 7a und 7b sowie Artikel 20 Absatz 6 resultieren, im Einklang mit Anhang V berechnet werden.
- (6) Die Mitgliedstaaten müssen die erforderliche Menge der Einsparungen gemäß Absatz 1 entweder durch Einrichtung eines Energieeffizienzverpflichtungssystems gemäß Artikel 7a oder durch die Annahme alternativer Maßnahmen gemäß Artikel 7b erzielen. Die Mitgliedstaaten können Energieeffizienzverpflichtungssysteme mit alternativen strategischen Maßnahmen kombinieren.
- (6a) Bei der Konzeption strategischer Maßnahmen gemäß den Artikeln 7a und 7b berücksichtigen die Mitgliedstaaten die Notwendigkeit der Minderung von Energiearmut entsprechend den von den Mitgliedstaaten festgelegten Kriterien und unter Berücksichtigung ihrer bestehenden Verfahren in diesem Bereich¹.

¹ Vorbehaltlich der Ergebnisse der Beratungen über die Richtlinie [XXXX] über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt könnte ein Verweis auf Artikel 29 der genannten Richtlinie eingefügt werden.

(7) Für den Fall, dass sich strategische Maßnahmen oder Einzelmaßnahmen in ihrer Wirkung überschneiden, weisen die Mitgliedstaaten nach, dass Energieeinsparungen nicht doppelt angerechnet werden.

(8) Die Kommission bewertet bis zum 30. Juni 2024 die Fortschritte bei der Erreichung der in Artikel 3 Absatz 4 genannten übergeordneten Ziele und prüft, ob angesichts dieser Bewertung der in Absatz 1 Buchstabe b **zweiter Gedankenstrich** festgelegte Wert für den Zeitraum 2026-2030 [...] **auf 1,5 % erhöht** werden sollte. Die Kommission legt gegebenenfalls einen Legislativvorschlag hierzu vor."

4) Die folgenden Artikel 7a und 7b werden eingefügt:

"Artikel 7a

Energieeffizienzverpflichtungssysteme

(1) Entscheiden sich die Mitgliedstaaten dafür, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Energieeinsparungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 mit Hilfe eines Energieeffizienzverpflichtungssystems zu erfüllen, so sorgen sie dafür, dass die in Absatz 2 genannten, im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats tätigen verpflichteten Parteien die in Artikel 7 Absatz 1 genannten kumulierten Endenergieeinsparverpflichtungen unbeschadet des Artikels 7 Absatz 2 erfüllen.

(2) Die Mitgliedstaaten benennen nach objektiven und nichtdiskriminierenden Kriterien verpflichtete Parteien unter den in ihrem Hoheitsgebiet tätigen Energieverteilern und/oder Energieeinzelhandelsunternehmen, wobei sie auch in ihrem Hoheitsgebiet tätige Verkehrskraftstoffverteiler oder Verkehrskraftstoff-Einzelhandelsunternehmen einbeziehen können. Die zur Erfüllung der Verpflichtung erforderliche Energieeinsparung muss durch die verpflichteten Parteien unter den vom Mitgliedstaat benannten Endkunden unabhängig von der nach Artikel 7 Absatz 1 vorgenommenen Berechnung oder, falls die Mitgliedstaaten dies beschließen, durch zertifizierte Einsparungen anderer Parteien gemäß Absatz 5 Buchstabe b erzielt werden.

- (3) Die Mitgliedstaaten geben die von jeder verpflichteten Partei geforderte Energieeinsparung entweder als Endenergieverbrauch oder als Primärenergieverbrauch an. Die für die Angabe der geforderten Energieeinsparung gewählte Methode wird auch für die Berechnung der von den verpflichteten Parteien geltend gemachten Einsparungen verwendet. Es gelten die Umrechnungsfaktoren nach Anhang IV.
- (4) Die Mitgliedstaaten richten Mess-, Kontroll- und Prüfsysteme ein, in deren Rahmen zumindest ein statistisch signifikanter, eine repräsentative Stichprobe darstellender Prozentsatz der von den verpflichteten Parteien ergriffenen Energieeffizienzmaßnahmen überprüft wird. Die Messung, Kontrolle und Überprüfung erfolgt unabhängig von den verpflichteten Parteien.
- (5) Innerhalb des Energieeffizienzverpflichtungssystems
- a) [gestrichen]
 - b) können die Mitgliedstaaten den verpflichteten Parteien gestatten, zertifizierte Energieeinsparungen, die von Energiedienstleistern oder sonstigen Dritten erzielt werden, auf ihre Verpflichtung anzurechnen, was auch dann gilt, wenn die verpflichteten Parteien Maßnahmen über andere staatlich zugelassene Einrichtungen oder über Behörden fördern, die gegebenenfalls auch förmliche Partnerschaften umfassen können und in Verbindung mit anderen Finanzierungsquellen stehen können. Sofern die Mitgliedstaaten es gestatten, stellen sie sicher, dass ein Genehmigungsverfahren besteht, das klar und transparent ist, allen Marktakteuren offen steht und darauf abzielt, die Zertifizierungskosten möglichst gering zu halten.
- (6) Die Mitgliedstaaten veröffentlichen einmal jährlich die von jeder verpflichteten Partei oder jeder Unterkategorie von verpflichteten Parteien erzielten Energieeinsparungen sowie die im Rahmen des Systems erzielten Gesamtenergieeinsparungen.

Artikel 7b

Alternative strategische Maßnahmen

- (1) Entscheiden sich die Mitgliedstaaten dafür, ihre Verpflichtung zur Erreichung der gemäß Artikel 7 Absatz 1 erforderlichen Einsparungen mit Hilfe alternativer strategischer Maßnahmen zu erfüllen, so stellen sie sicher, dass die gemäß Artikel 7 Absatz 1 erforderlichen Energieeinsparungen unter den Endkunden erzielt werden.

(2) [gestrichen]

(3) Für alle Maßnahmen mit Ausnahme steuerlicher Maßnahmen richten die Mitgliedstaaten Mess-, Kontroll- und Prüfsysteme ein, in deren Rahmen zumindest ein statistisch signifikanter, eine repräsentative Stichprobe darstellender Prozentsatz der von den teilnehmenden oder beauftragten Parteien ergriffenen Energieeffizienzmaßnahmen überprüft wird. Die Messung, Kontrolle und Überprüfung erfolgt unabhängig von den teilnehmenden oder beauftragten Parteien."

5) Artikel 9 wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

"Erdgasverbrauchserfassung"

b) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"Soweit es technisch machbar, finanziell vertretbar und im Vergleich zu den potenziellen Energieeinsparungen verhältnismäßig ist, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Endkunden im Bereich Erdgas individuelle Zähler zu wettbewerbsfähigen Preisen erhalten, die den tatsächlichen Energieverbrauch des Endkunden genau widerspiegeln und Informationen über die tatsächliche Nutzungszeit bereitstellen."

c) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

i) Der einleitende Satz erhält folgende Fassung:

"Wenn und soweit Mitgliedstaaten intelligente Verbrauchserfassungssysteme und intelligente Zähler für den Erdgasverbrauch im Einklang mit der Richtlinie 2009/73/EG einführen, gilt Folgendes:"

ii) Die Buchstaben c und d werden gestrichen;

d) Absatz 3 wird gestrichen.

- 6) Folgende Artikel 9a, 9b und 9c werden eingefügt:

"Artikel 9a

Verbrauchserfassung für die Wärme-, Kälte- und Warmbrauchwasserversorgung

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Endkunden im Rahmen der Fernwärme-, Fernkälte- und Warmbrauchwasserversorgung Zähler zu wettbewerbsfähigen Preisen erhalten, die den tatsächlichen Energieverbrauch der Endkunden präzise wiedergeben.

Wird ein Gebäude aus einer zentralen Anlage, die mehrere Gebäude versorgt, oder über ein Fernwärme- oder Fernkältenetz mit Wärme, Kälte oder Warmwasser versorgt, wird am Wärmetauscher oder an der Übergabestelle ein Zähler installiert.

Artikel 9b

Einzelverbrauchserfassung ("Submetering") und Kostenverteilung für die Wärme-, Kälte- und Warmbrauchwasserversorgung

- (1) In Gebäuden mit mehreren Wohnungen und in Mehrzweckgebäuden, die über eine zentrale Anlage zur Wärme-/Kälteerzeugung verfügen oder über Fernwärme- und Fernkältenetze versorgt werden, werden individuelle Verbrauchszähler installiert, um den Wärme-, Kälte- oder Warmwasserverbrauch der einzelnen Einheiten zu messen, wenn dies im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit im Vergleich zu den potenziellen Energieeinsparungen technisch machbar und kosteneffizient durchführbar ist.

Wenn der Einsatz individueller Zähler technisch nicht machbar ist oder wenn es nicht kosteneffizient ist, den Wärmeverbrauch in jeder Einheit zu messen, werden individuelle Heizkostenverteiler an den einzelnen Heizkörpern zur Messung des Wärmeenergieverbrauchs verwendet, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat weist nach, dass die Installation derartiger Heizkostenverteiler nicht kosteneffizient durchführbar wäre. In diesen Fällen können alternative kosteneffiziente Methoden zur Messung des Wärmeenergieverbrauchs in Betracht gezogen werden. Jeder Mitgliedstaat erläutert klar die allgemeinen Kriterien, Methoden und/oder Verfahren für die Feststellung, ob eine Maßnahme als "technisch nicht machbar" oder "nicht kosteneffizient durchführbar" anzusehen ist, und veröffentlicht diese.

(2) In neuen Gebäuden mit mehreren Wohnungen und im Wohnbereich neuer Mehrzweckgebäude werden, soweit diese über eine zentrale Anlage zur Wärmeerzeugung für Warmwasser verfügen oder über Fernwärmenetze versorgt werden, ungeachtet des Absatzes 1 individuelle Warmwasserzähler bereitgestellt.

(3) Werden Gebäude mit mehreren Wohnungen und Mehrzweckgebäude über ein Fernwärme- oder Fernkältenetz versorgt oder sind eigene gemeinsame Wärme- oder Kälteerzeugungsanlagen für diese Gebäude vorhanden, so machen die Mitgliedstaaten die geltenden nationalen Regeln für die Verteilung der Kosten des Wärme-, Kälte- und Warmwasserverbrauchs in diesen Gebäuden auf transparente Weise öffentlich zugänglich, um die Transparenz und die Genauigkeit der Abrechnung des individuellen Verbrauchs zu gewährleisten. Solche Regeln enthalten gegebenenfalls Leitlinien für die Art und Weise der Zurechnung der Kosten für den Wärme- und/oder Warmwasserverbrauch in folgenden Fällen:

- a) Warmwasser für den Haushaltsbedarf;
- b) von den Verteilungseinrichtungen des Gebäudes abgestrahlte Wärme und für die Beheizung von Gemeinschaftsflächen verwendete Wärme (sofern Treppenhäuser und Flure mit Heizkörpern ausgestattet sind);
- c) die Heizung von Wohnungen.

Artikel 9c

Fernablesungsanforderung

(1) Für die Zwecke der Artikel 9a und 9b müssen am oder nach dem 1. Januar 2020 [oder dem Datum der Umsetzung, wenn dieser Zeitpunkt später liegt] installierte Zähler und Kostenverteiler fernablesbar sein. Die Bedingungen der technischen Machbarkeit und kosteneffizienten Durchführbarkeit gemäß Artikel 9b Absatz 1 Unterabsätze 1 und 2 gelten weiterhin.

(2) Bereits installierte, nicht fernablesbare Zähler und Heizkostenverteiler müssen bis zum xxxx [zehn Jahre nach Inkrafttreten der vorliegenden Richtlinie] mit dieser Funktion nachgerüstet oder durch fernablesbare Geräte ersetzt werden, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat weist nach, dass dies nicht kosteneffizient durchführbar ist."

7) Artikel 10 wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

"Abrechnungsinformationen für Erdgas"

b) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Verfügen die Endkunden nicht über intelligente Zähler gemäß der Richtlinie 2009/73/EG, so gewährleisten die Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 2014, dass die Abrechnungsinformationen im Einklang mit Anhang VII Abschnitt 1.1 für Gas genau sind und auf dem tatsächlichen Verbrauch beruhen, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich gerechtfertigt ist."

c) Absatz 2 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"Die nach der Richtlinie 2009/73/EG installierten Zähler müssen genaue Abrechnungsinformationen auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs ermöglichen. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Endkunden die Möglichkeit eines leichten Zugangs zu ergänzenden Informationen haben, mit denen sie den historischen Verbrauch detailliert selbst kontrollieren können."

8) Folgender Artikel 10a wird eingefügt:

"Artikel 10a

Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen zur Wärme-, Kälte- und Warmbrauchwasserversorgung

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass, wenn Zähler oder Heizkostenverteiler vorhanden sind, Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen für alle Endnutzer, d. h. für natürliche oder juristische Personen, die Wärme, Kälte oder Warmwasser für den Eigenverbrauch erwerben, oder natürliche oder juristische Personen, die ein einzelnes Gebäude oder eine Einheit in einem Gebäude mit mehreren Wohnungen oder einem Mehrzweckgebäude nutzen, das bzw. die mit Wärme, Kälte oder Warmwasser von einer zentralen Quelle versorgt wird, und die keinen direkten oder individuellen Vertrag mit dem Energieversorger haben, gemäß Anhang VIIa Nummern 1 und 2 präzise sind und auf dem tatsächlichen Verbrauch oder den Ablesewerten von Heizkostenverteilern basieren.

Diese Verpflichtung kann, sofern ein Mitgliedstaat dies vorsieht, außer im Falle der Einzelverbrauchserfassung basierend auf Heizkostenverteilern gemäß Artikel 9b durch ein System der regelmäßigen Selbstablesung seitens der Endkunden oder Endnutzer erfüllt werden, bei dem sie die an ihrem Zähler abgelesenen Werte mitteilen. Nur wenn der Endkunde oder Endnutzer für einen bestimmten Abrechnungszeitraum keine Zählerablesewerte mitgeteilt hat, erfolgt die Abrechnung auf der Grundlage einer Verbrauchsschätzung oder eines Pauschaltarifs.

Die Mitgliedstaaten entscheiden, wer für die Bereitstellung der in Absatz 1 genannten Informationen für die Endnutzer zuständig sein sollte, die keinen direkten oder individuellen Vertrag mit dem Energieversorger haben.

(2) Die Mitgliedstaaten

- a) schreiben vor, dass Informationen über die Energieabrechnungen und den historischen Verbrauch oder Ablesewerte von Heizkostenverteilern – soweit verfügbar – auf Verlangen des Endnutzers einem vom Endnutzer benannten Energiedienstleister zur Verfügung gestellt werden;
- b) stellen sicher, dass Endkunden die Möglichkeit eröffnet wird, Abrechnungsinformationen und Abrechnungen in elektronischer Form zu erhalten und dass sie auf Anfrage eine klare und verständliche Erläuterung erhalten, wie ihre Abrechnung zustande gekommen ist, insbesondere dann, wenn nicht auf den tatsächlichen Verbrauch bezogen abgerechnet wird;
- c) stellen sicher, dass alle Endnutzer gemäß Anhang VIIa Nummer 3 mit ihrer auf dem tatsächlichen Verbrauch oder den Ablesewerten von Heizkostenverteilern beruhenden Abrechnung geeignete Informationen erhalten;
- d) können vorschreiben, dass auf Wunsch des Endkunden die Bereitstellung von Abrechnungsinformationen nicht als Zahlungsaufforderung anzusehen ist. In diesen Fällen stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass flexible Regelungen für die tatsächlich zu leistende Zahlung angeboten werden."

9) Artikel 11 wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

"Kosten für den Zugang zu Verbrauchserfassungs- und Abrechnungsinformationen für Gas"

b) Absatz 2 wird gestrichen.

10) folgender Artikel 11a wird eingefügt:

"Artikel 11a

Kosten für den Zugang zu Verbrauchserfassungs- und Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen für die Wärme-, Kälte- und Warmbrauchwasserversorgung

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Endnutzer alle ihre Energieverbrauchsabrechnungen und diesbezüglichen Abrechnungsinformationen kostenfrei erhalten und dass ihnen ferner in geeigneter Weise kostenfreier Zugang zu ihren Verbrauchsdaten gewährt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden die Kosten von Abrechnungsinformationen über den individuellen Verbrauch von Wärme, Kälte und Warmwasser in Gebäuden mit mehreren Wohnungen und in Mehrzweckgebäuden gemäß Artikel 9b auf nichtkommerzieller Grundlage aufgeteilt. Kosten, die durch die Übertragung dieser Aufgabe auf einen Dritten – etwa einen Dienstleister oder den örtlichen Energieversorger – entstehen und die die Messung, die Zurechnung und die Abrechnung des tatsächlichen individuellen Verbrauchs in diesen Gebäuden betreffen, können auf die Endnutzer umgelegt werden, soweit diese Kosten der Höhe nach angemessen sind.

(3) Um die Angemessenheit der Kosten für Einzelverbrauchserfassungsdienste gemäß Absatz 2 sicherzustellen, können die Mitgliedstaaten den Wettbewerb in diesem Sektor anregen, indem sie geeignete Maßnahmen ergreifen, d. h. indem sie beispielsweise die Anwendung von Ausschreibungen und/oder die Nutzung interoperabler Geräte, die den Anbieterwechsel erleichtern, empfehlen oder auf andere Weise fördern."

- 11) Artikel 15 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - i) Die Unterabsätze 1 und 2 werden gestrichen;
 - ii) Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:

"Die Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber erfüllen die Anforderungen des Anhangs XII."
 - b) Absatz 8 wird gestrichen.
- 11a) In Artikel 20 Absatz 6 wird anstatt auf Artikel 7 Absatz 1 auf Artikel 7a Bezug genommen.
- 12) Artikel 23 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 22 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem 4. Dezember 2017 übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums."
 - b) Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

"(4) Vor dem Erlass eines delegierten Rechtsakts konsultiert die Kommission die von den einzelnen Mitgliedstaaten benannten Sachverständigen im Einklang mit den in der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung vom 13. April 2016 enthaltenen Grundsätzen."
 - c) Die Absätze 4 und 5 werden entsprechend zu den Absätzen 5 und 6.

13) In Artikel 24 wird folgender Absatz 12 angefügt:

"(12) Die Kommission überprüft diese Richtlinie spätestens bis zum 28. Februar 2024 und danach alle fünf Jahre und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über diese Überprüfung vor. In diesem Bericht wird insbesondere geprüft, ob der in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b festgelegte Endtermin geändert werden sollte und ob die Anforderungen und der alternative Ansatz nach Artikel 5 nach 2030 angepasst werden sollten. Diesem Bericht werden gegebenenfalls Vorschläge für weitere Maßnahmen beigelegt."

14) Die Anhänge werden entsprechend dem Anhang dieser Richtlinie geändert.

Artikel 2

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens bis zum XXXX [*bitte Datum einfügen; 24 Monate nach dem Inkrafttreten*] nachzukommen. Sie teilen der Kommission umgehend den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf die vorliegende Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Europäischen Parlaments

Der Präsident

Im Namen des Rates

Der Präsident

ANHANG

des Vorschlags für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz

ANHANG

1. Die Anhänge IV und V werden wie folgt geändert:

- a) In Anhang IV erhält Fußnote 3 folgende Fassung: "(3) Sofern Energieeinsparungen in Form von Primärenergieeinsparungen unter Verwendung eines Bottom-up-Ansatzes auf der Grundlage des Endenergieverbrauchs berechnet werden. Für Einsparungen von elektrischer Energie in kWh können die Mitgliedstaaten standardmäßig einen Koeffizienten von 2,0 anwenden. Die Mitgliedstaaten können andere Koeffizienten anwenden, wenn sie dies rechtfertigen können."
- b) Anhang V erhält folgende Fassung:

"Anhang V

**Einheitliche Methoden und Grundsätze zur Berechnung der Auswirkungen der
Energieeffizienzverpflichtungssysteme oder anderer strategischer Maßnahmen nach
Artikel 7 Absätze 1 und 2, nach den Artikeln 7a und 7b und nach Artikel 20
Absatz 6:**

- (1) Methoden zur Berechnung von nicht auf steuerliche Maßnahmen zurückzuführenden Energieeinsparungen für die Zwecke des Artikels 7 Absätze 1 und 2, der Artikel 7a und 7b und des Artikels 20 Absatz 6

Verpflichtete, teilnehmende oder beauftragte Parteien oder durchführende öffentliche Stellen können zur Berechnung der Energieeinsparungen die folgenden Methoden anwenden:

- a) Angenommene Einsparungen, unter Bezugnahme auf die Ergebnisse früherer unabhängig kontrollierter Energieeffizienzverbesserungen in ähnlichen Anlagen. Der allgemeine Ansatz ist "ex ante".

- b) Gemessene Einsparungen, wobei die Einsparungen aus der Umsetzung einer Maßnahme oder eines Maßnahmenpakets mittels Erfassung der tatsächlichen Verringerung der Energienutzung unter gebührender Beachtung von Faktoren, die den Verbrauch beeinflussen können, wie Zusätzlichkeit, Nutzung, Produktionsniveaus und Wetter festgestellt werden. Der allgemeine Ansatz ist "ex post".
 - c) Geschätzte Einsparungen, wobei technische Abschätzungen der Einsparungen verwendet werden. Dieser Ansatz darf nur dann verwendet werden, wenn die Ermittlung belastbarer gemessener Daten für eine bestimmte Anlage schwierig oder unverhältnismäßig teuer ist, wie z. B. Ersatz eines Kompressors oder eines Elektromotors mit anderer kWh-Nennleistung als jener, für die unabhängige Angaben zu gemessenen Einsparungen vorliegen, oder wenn diese Schätzungen anhand national festgelegter Methoden und Referenzwerte von qualifizierten oder akkreditierten Experten durchgeführt werden, die unabhängig von den verpflichteten, teilnehmenden oder beauftragten Parteien sind.
 - d) Mittels Erhebung bestimmte Einsparungen, bei denen die Reaktion der Verbraucher auf Beratung und Informationskampagnen, auf Kennzeichnungs- oder Zertifizierungssysteme oder auf den Einsatz intelligenter Zähler festgestellt wird. Dieser Ansatz kann nur für Einsparungen verwendet werden, die sich aus einem veränderten Verbraucherverhalten ergeben.
- (2) Für die Feststellung der Energieeinsparungen durch eine Energieeffizienzmaßnahme für die Zwecke des Artikels 7 Absätze 1 und 2, der Artikel 7a und 7b und des Artikels 20 Absatz 6 gelten folgende Grundsätze:
- a) Es muss nachgewiesen werden, dass es sich um zusätzliche Einsparungen handelt, die über die Einsparungen hinausgehen, die auch ohne die Tätigkeit der verpflichteten, teilnehmenden oder beauftragten Parteien und/oder durchführenden öffentlichen Stellen in jedem Fall zu verzeichnen gewesen wären. Um festzustellen, welche Einsparungen als zusätzlich geltend gemacht werden können, berücksichtigen die Mitgliedstaaten, wie sich die Energienutzung und der Energiebedarf ohne die vorgesehene strategische Maßnahme entwickeln würden;

- b) aus der Durchführung verbindlicher Unionsvorschriften resultierende Einsparungen gelten als Einsparungen, die in jedem Fall erzielt worden wären, und können daher nicht gemäß Artikel 7 Absatz 1 geltend gemacht werden. [...]
- Davon abweichend können** Einsparungen im Zusammenhang mit der Renovierung bestehender Gebäude **gemäß Artikel 7 Absatz 1 geltend gemacht werden, sofern das Kriterium der Wesentlichkeit gemäß Teil 3 Buchstabe h erfüllt ist. Einsparungen aufgrund der Umsetzung einzelstaatlicher Mindestanforderungen für neue Gebäude, die vor der Umsetzung der Richtlinie 2010/31/EU festgelegt wurden, können gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a geltend gemacht werden,** sofern das Kriterium der Wesentlichkeit gemäß Teil 3 Buchstabe h erfüllt ist;
- c) es dürfen nur Einsparungen angerechnet werden, die über folgende Schwellen hinausgehen:
- i) Emissionsvorgaben der Union für neue Personenkraftwagen und neue leichte Nutzfahrzeuge aufgrund der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ und der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates²;
 - ii) Anforderungen der Union für energieverbrauchsrelevante Produkte, die aufgrund der Umsetzung von Durchführungsmaßnahmen nach der Richtlinie 2009/125/EG vom Markt zu nehmen sind;

¹ Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1).

² Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 145 vom 31.5.2011, S. 1).

- d) Strategien, mit denen eine höhere Energieeffizienz von Produkten, Ausrüstung, Gebäuden und Gebäudekomponenten, Verfahren oder Märkten unterstützt werden soll, sind zulässig;
- dd) Energieeinsparungen aufgrund von strategischen Maßnahmen zur Förderung der Installation von Kleinanlagen für erneuerbare Energie an oder in Gebäuden sind anrechenbar und können, soweit sie zu einer Verringerung des Energieabsatzes an Endkunden in dem Gebäude beitragen, im Hinblick auf die Erfüllung der Energieeinsparverpflichtungen nach Artikel 7 Absatz 1 in Höhe der eingesparten Primärenergie berücksichtigt werden. **Darüber hinaus können im Falle strategischer Maßnahmen, die für die Zwecke des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b eingeführt werden, auch bis zu 15 % der in oder an Gebäuden für den Eigenverbrauch erzeugten erneuerbaren Energie angerechnet werden. In beiden Fällen muss** die Berechnung der Energieeinsparungen den Anforderungen dieses Anhangs [...] **entsprechen**;
- e) bei Strategien, die den Einsatz effizienterer Produkte und Fahrzeuge beschleunigen, ist eine vollständige Anrechnung möglich, wenn nachgewiesen wird, dass der Einsatz vor Ende der durchschnittlich zu erwartenden Produkt- oder Fahrzeuglebensdauer oder früher als zum üblichen Austauschzeitpunkt erfolgt, und wenn die Einsparungen nur für den Zeitraum bis zum Ende der voraussichtlichen durchschnittlichen Lebensdauer des zu ersetzenden Produkts oder Fahrzeugs geltend gemacht werden;
- f) zur Förderung der Verbreitung von Energieeffizienzmaßnahmen stellen die Mitgliedstaaten, sofern relevant, sicher, dass Qualitätsstandards für Produkte, Dienstleistungen und die Durchführung von Maßnahmen beibehalten bzw., wenn es solche Standards noch nicht gibt, eingeführt werden;
- g) um den klimatischen Unterschieden zwischen den Regionen Rechnung zu tragen, können die Mitgliedstaaten beschließen, die Einsparungen an einen Standardwert anzupassen oder unterschiedliche Energieeinsparungen entsprechend den Temperaturschwankungen zwischen den Regionen anzugeben;

- h) bei der Berechnung der Energieeinsparungen ist die Lebensdauer von Maßnahmen zu berücksichtigen. Dazu können die Einsparungen, die sich aus den Einzelmaßnahmen zwischen dem Datum ihrer Einführung und dem 31. Dezember 2020 bzw. dem 31. Dezember 2030 ergeben, angerechnet werden. Ersatzweise können sich die Mitgliedstaaten für eine andere Methode entscheiden, bei der davon ausgegangen wird, dass damit Gesamteinsparungen in mindestens gleicher Höhe erreicht werden. Wenden die Mitgliedstaaten andere Methoden an, so stellen sie sicher, dass die nach diesen anderen Methoden berechnete Gesamthöhe der Energieeinsparungen nicht die Höhe der Energieeinsparungen übersteigt, die eine Berechnung ergäbe, bei der die Einsparungen, die sich aus den Einzelmaßnahmen zwischen dem Datum ihrer Einführung und dem 31. Dezember 2020 bzw. dem 31. Dezember 2030 ergeben, angerechnet werden.
- (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass strategische Maßnahmen oder Einzelmaßnahmen nach Artikel 7b und Artikel 20 Absatz 6 die folgenden Anforderungen erfüllen:
- a) Die strategischen Maßnahmen oder Einzelmaßnahmen bewirken nachprüfbare Endenergieeinsparungen.
 - b) Die Verantwortung jeder beauftragten oder teilnehmenden Partei bzw. durchführenden Behörde wird klar festgelegt.
 - c) Die erzielten bzw. zu erzielenden Energieeinsparungen werden auf transparente Art und Weise festgelegt.
 - d) Der Umfang der Energieeinsparungen, der mit der strategischen Maßnahme vorgeschrieben wird oder erzielt werden soll, wird unter Verwendung der Umrechnungsfaktoren gemäß Anhang IV entweder als Primärenergie- oder Endenergieverbrauch ausgedrückt.
 - e) Von den teilnehmenden oder beauftragten Parteien und durchführenden öffentlichen Stellen werden Angaben zum Jahrestrend bei den Energieeinsparungen sowie ein Jahresbericht über die erzielten Energieeinsparungen vorgelegt, sofern dies nicht undurchführbar ist, und öffentlich zugänglich gemacht.

- f) Die Ergebnisse werden überwacht, und falls keine zufriedenstellenden Fortschritte erzielt werden, werden geeignete Maßnahmen ergriffen.
 - g) Einsparungen, die sich aus einer Einzelmaßnahme ergeben, können von höchstens einer Partei für sich beansprucht werden.
 - h) Die Tätigkeiten der teilnehmenden oder beauftragten Partei bzw. durchführenden öffentlichen Stelle sind nachweislich wesentlich für die Erreichung der geltend gemachten Einsparungen.
- (4) Bei der Feststellung der Energieeinsparungen durch strategische Maßnahmen im Bereich der Besteuerung, die gemäß Artikel 7b eingeführt wurden, gelten die folgenden Grundsätze:
- a) Angerechnet werden nur Energieeinsparungen aus steuerlichen Maßnahmen, die die in der Richtlinie 2003/96/EG des Rates¹ oder in der Richtlinie 2006/112/EG des Rates² vorgegebenen Mindeststeuersätze für Kraftstoffe überschreiten.
 - b) Die für die Berechnung der Auswirkungen der (Energie-) Besteuerungsmaßnahmen verwendeten Preiselastizitäten müssen die kurz- und langfristige Anpassung der Energienachfrage an Preisänderungen abbilden und werden auf der Grundlage aktueller und repräsentativer amtlicher Datenquellen geschätzt.
 - c) Die Energieeinsparungen aus flankierenden steuerpolitischen Instrumenten, einschließlich Steueranreizen oder Zahlungen in einen Fonds, werden getrennt verbucht.
- (5) Mitteilung der Verfahren

Die Mitgliedstaaten melden der Kommission ihre geplanten detaillierten Verfahren für die Energieeffizienzverpflichtungssysteme und alternativen Maßnahmen nach den Artikeln 7a und 7b sowie nach Artikel 20 Absatz 6. Außer bei Steuern umfasst diese Meldung spezifische Angaben zu folgenden Aspekten:

¹ Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 51).

² Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. L 347 vom 11.12.2006, S. 1).

- a) Höhe der Energieeinsparverpflichtungen oder der zu erwartenden Einsparungen, die über den gesamten Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030 hinweg angestrebt werden;
- b) verpflichtete, teilnehmende oder beauftragte Parteien oder durchführende Behörden;
- c) Zielsektoren;
- d) strategische Maßnahmen und im Rahmen der strategischen Maßnahme vorgesehene Einzelmaßnahmen, einschließlich der erwarteten kumulierten Gesamthöhe der Einsparungen pro Maßnahme;
- e) Dauer des Verpflichtungszeitraums im Rahmen des Energieeffizienzverpflichtungssystems;
- f) im Rahmen der strategischen Maßnahmen vorgesehene Tätigkeiten;
- g) Berechnungsmethode einschließlich der Angabe, wie die Zusätzlichkeit und die Wesentlichkeit festgestellt wurden und welche Methoden und Referenzwerte für die angenommenen und die geschätzten Einsparungen verwendet werden;
- h) Lebensdauer der Maßnahmen und Angaben, wie diese berechnet werden bzw. worauf diese beruhen;
- i) Grundsätze für die Berücksichtigung unterschiedlicher Klimabedingungen innerhalb des Mitgliedstaats;
- j) Überwachungs- und Prüfsysteme für Maßnahmen nach den Artikeln 7a und 7b sowie Methoden zur Gewährleistung der Unabhängigkeit dieser Systeme von den verpflichteten, teilnehmenden oder beauftragten Parteien;
- k) Bei Steuern umfasst diese Meldung detaillierte Angaben zu folgenden Aspekten:
 - i) Zielsektoren und Steuerzahler-Segment;
 - ii) durchführende Behörde;
 - iii) erwartete Einsparungen, die angestrebt werden;

- iv) Dauer der steuerlichen Maßnahme, und
- v) Berechnungsmethode, einschließlich der verwendeten Preiselastizitäten und der Angabe, wie diese festgelegt wurden."

(2) Anhang VII wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

"Mindestanforderungen an die Abrechnung und die Abrechnungsinformationen auf der Grundlage des tatsächlichen Gasverbrauchs"

b) folgender Anhang VIIa wird eingefügt:

"Anhang VIIa

Mindestanforderungen für Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen zur Wärme-, Kälte- und Warmwasserversorgung

(1) Abrechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs oder der Ablesewerte von Heizkostenverteilern

Um die Endnutzer in die Lage zu versetzen, ihren eigenen Energieverbrauch zu steuern, erfolgt die Abrechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs oder der Ablesewerte von Heizkostenverteilern mindestens einmal jährlich.

(2) Mindesthäufigkeit der Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen

Wenn fernablesbare Zähler oder Heizkostenverteiler installiert wurden, werden ab dem [XXX Datum der Umsetzung] Abrechnungs- und Verbrauchsinformationen auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs oder der Ablesewerte von Heizkostenverteilern auf Verlangen oder wenn die Endkunden sich für die Zustellung der Abrechnung auf elektronischem Wege entschieden haben, mindestens vierteljährlich und ansonsten halbjährlich zur Verfügung gestellt.

Wenn fernablesbare Zähler oder Heizkostenverteiler installiert wurden, werden ab dem 1. Januar 2022 mindestens alle zwei Monate Abrechnungs- und Verbrauchs- informationen auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs oder der Ablesewerte von Heizkostenverteilern zur Verfügung gestellt. Wärme- und Kälteversorgung können außerhalb der Heiz-/Kühlperioden davon ausgenommen werden.

- (3) Mindestinformationen in der Abrechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs oder der Ablesewerte von Heizkostenverteilern

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass den Endnutzern in oder zusammen mit den Abrechnungen folgende auf dem tatsächlichen Verbrauch oder auf den Ablesewerten von Heizkostenverteilern beruhende Informationen auf klare und verständliche Weise zur Verfügung gestellt werden:

- a) geltende tatsächliche Preise und tatsächlicher Verbrauch oder Gesamtheizkosten und Ablesewerte von Heizkostenverteilern;
- b) Informationen über den Brennstoffmix, einschließlich für Endnutzer, die über ein Fernwärme- bzw. Fernkältenetz versorgt werden;
- c) Vergleich des gegenwärtigen Energieverbrauchs des Endnutzers mit dem Energieverbrauch im gleichen Zeitraum des Vorjahres, vorzugsweise in grafischer Form, mit klimabezogener Korrektur für die Wärme- und Kälteversorgung;
- d) Kontaktinformationen, darunter Internetadressen, von Verbraucherorganisationen, Energieagenturen oder ähnlichen Einrichtungen, von denen Informationen über angebotene Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, Endnutzer-Vergleichsprofile und objektive technische Spezifikationen für energiebetriebene Geräte erhalten werden können.

Außerdem stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass den Endnutzern auf dem tatsächlichen Verbrauch oder auf den Ablesewerten von Heizkostenverteilern beruhende Vergleiche mit dem normierten oder durch Vergleichstests ermittelten Durchschnittsendnutzer derselben Nutzerkategorie in oder zusammen mit den Abrechnungen auf klare und verständliche Weise zur Verfügung gestellt werden bzw. dass in den Abrechnungen darauf verwiesen wird."